

# EU-Nachrichten 15 2017

## KURZ & KNAPP

### Lehren aus Fipronil-Skandal 3

EU-Mitgliedstaaten wollen den Informationsaustausch verbessern

## IM FOKUS

### Digitaler Binnenmarkt 4

Datenaustausch zwischen sicheren Geräten soll einfacher werden

### EU-Migrationspolitik 6

Erste Schritte zeigen Wirkung

## BUNDESTAGSWAHL

### Juncker wünscht sich eine starke Bundesregierung

Angesichts wichtiger globaler Herausforderungen und anstehender Reformen in der EU braucht Europa nach Ansicht von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker „mehr denn je eine starke deutsche Regierung“. Das hat Juncker Bundeskanzlerin Angela Merkel in seinem Glückwunschschreiben mitgeteilt und ihr zu ihrem vierten Sieg in Folge bei der Bundestagswahl gratuliert.

Besorgt zeigte sich Juncker über die Verschiebung der politischen Gewichte im Bundestag. Er betonte aber, dass eine sehr große Mehrheit nicht für Anti-EU-Parteien gestimmt habe. Den Pro-EU-Parteien sagte er, es wäre eine große Gefahr, wenn sie rechtsextreme Positionen übernähmen. „Wer Populisten nachläuft, wird selber einer“, sagte Juncker in einem Interview mit deutschen Rundfunkanstalten.

**Juncker gratuliert Merkel**



Bei einer Senkung des Mindestalters auf 16 Jahre könnten sich etwa 10 Millionen mehr Menschen an Europäischen Bürgerinitiativen beteiligen.

## VOR DER EUROPAWAHL 2019

### Demokratie in der EU soll gestärkt werden

Nicht nur bei der Bundestagswahl stellen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die Weichen für die Zukunft des Landes. Auch bei der nächsten Europawahl 2019 werden sie das wieder tun. Rechtzeitig vorher will die EU-Kommission die Möglichkeiten der Menschen zur politischen Einflussnahme verbessern und damit die Demokratie in der EU stärken.

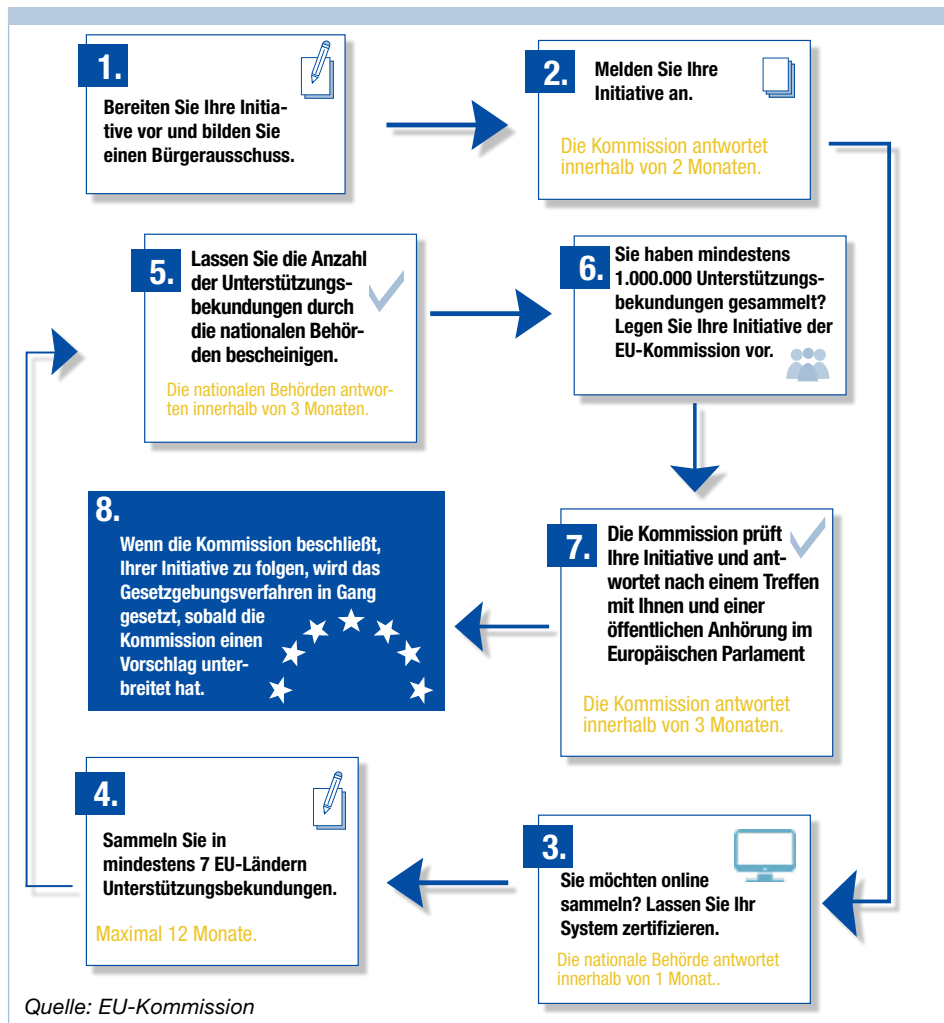
> „Allzuoft war der Europawahlkampf nicht mehr als die Summe der nationalen Kampagnen. Die europäische Demokratie hat etwas Besseres verdient“, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seiner Rede zur Lage der EU. Jetzt legte die Kommission Vorschläge für eine Reform der Vorschriften für europäische Parteien und Stiftungen vor. Außerdem sollen EU-Bürger eigene politische Initiativen durch Europäische Bürgerinitiativen leichter voranbringen können.

„Mit diesen Vorschlägen gewährleisten wir, dass die europäischen Bürger am demokratischen Prozess teilhaben können“, sagte der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans,

der die Pläne vorstellte. So soll künftig etwa viel klarer erkennbar sein, welche Verbindung zwischen europäischen und den sie tragenden nationalen Parteien bestehen, damit die Wähler genau wissen, wem sie ihre Stimme geben. Durch geänderte Finanzierungsregeln für europäische Parteien soll außerdem der Missbrauch von Steuermitteln unterbunden werden. „Wir sollten nicht extremen anti-europäischen Gruppen die Kassen füllen, sondern vielmehr europäischen Parteien bessere Möglichkeiten geben, sich zu organisieren“, sagte Juncker. Europäische Parteien und politische Stiftungen kommen für finanzielle Förderung in Frage, wenn sie mindestens in einem Viertel der Mitgliedstaaten vertreten sind.

>>

## ORGANISATION EINER EU-BÜRGERINITIATIVE – SCHRITT FÜR SCHRITT



ten zu einer Stellungnahme zu verpflichten. Die vorgeschlagenen Änderungen sollen laut Timmermans die Erfolgsaussichten vergrößern. So sollen die Organisatoren die Möglichkeit haben, sich im Vorfeld beraten zu lassen oder ein von der Kommission gratis zur Verfügung gestelltes Online-Sammelsystem für Unterschriften zu nutzen. Alle registrierten Initiativen sollen von der Kommission in alle EU-Amtssprachen übersetzt werden und die Organisatoren sollen den Beginn der Frist zur Unterschriftensammlung um bis zu drei Monate verschieben können. Um mehr Zeit zur Diskussion erfolgreicher Begehren zu haben, soll die Kommission ihre Stellungnahme erst nach fünf statt nach drei Monaten abgeben müssen.

### Transnationale Wahllisten im Gespräch

Juncker brachte in seiner Rede zur Lage der EU noch andere Veränderungen demokratischer Strukturen ins Gespräch. Etwa die Idee, einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments nicht nur national, sondern grenzüberschreitend auf transnationalen Listen wählen zu lassen. Im Parlament wird darüber gerade diskutiert, und es gibt Vorschläge, zum Beispiel einige der 73 Sitze, die nach dem EU-Austritt Großbritanniens frei werden, für solche Zwecke zu nutzen. Juncker sagte, er halte das für eine „gute Idee“. Transnationale Kandidatenlisten „würden dazu beitragen, die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen“, sagte er.

>> Die nationale Repräsentation muss den Reformvorschlägen zufolge künftig durch eine Partei erfolgen. Einzelpersonen sollen nicht mehr zählen, um zu verhindern, dass sich einzelne Politiker aus finanziellen Gründen „künstlich mehrere europäische politische Parteien halten“, so die Kommission. Konkrete Fälle wollte Timmermans nicht nennen und verwies in diesem Zusammenhang auf laufende Ermittlungen.

Von den EU-Mitteln zur Parteienfinanzierung will die Kommission künftig nur noch 5 statt bisher 15 Prozent gleichmäßig auf alle Parteien verteilt sehen. 95 Prozent sollen im Verhältnis zum Ergebnis bei den Europawahlen vergeben werden, um die „demokratische Legitimität“ zu steigern. Außerdem soll jede europäische Partei verpflichtend eine Webseite haben, auf der Logo und Programm sowie die Geschlechterverteilung ihrer Europaabgeordneten ersichtlich ist. Gestärkt werden sollen laut Kommission auch die Möglichkeiten, Parteien und Stiftungen aus Registern zu streichen, wenn sie gegen Vorschriften verstoßen haben, oder Fördermittel wieder einzuziehen.

### Ab 16 Jahren bei Bürgerinitiative mitmachen

Die Fragen, wie sie ihrer Stimme in der EU besser Gehör verschaffen könnten und wie sie EU-Politik besser beobachten und beeinflussen könnten, würden ihm von Bürgern immer wieder gestellt, sagte Kommissionsvizepräsident Timmermans. Es reiche den Bürgern heute nicht mehr, alle fünf Jahre ihre Europaabgeordneten zu wählen und in der Zeit dazwischen die europäischen Institutionen arbeiten zu lassen.

Mehr Chancen für direkte Demokratie sollen reformierte Regeln für die Europäische Bürgerinitiative bringen. Die Kommission schlägt vor, das Alter, ab dem man sich daran beteiligen kann, von 18 auf 16 Jahre zu senken. Das werde zehn Millionen jungen Menschen eine neue Chance geben, auf EU-Politik Einfluss zu nehmen, sagte Timmermans.

Seit die Europäische Bürgerinitiative 2012 eingeführt wurde, seien 47 Initiativen registriert worden. Drei haben es geschafft, die Kommission mit der nötigen Zahl an Unterschrif-

Junckers Idee, dass der – als Spitzenkandidat bei der Europawahl gewählte – Kommissionspräsident auch Präsident des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs werden sollte, ist eine langfristige Vision. „Auf lange Sicht“ müsse man sich der Frage der demokratischen Legitimierung von EU-Spitzenämtern stellen, sagte Timmermans dazu. (frh) >

### Europäische Demokratie

#### Europäische Parteien

Über ein Dutzend europäische Parteien sind derzeit nach den EU-Regeln anerkannt. Dazu gehören etwa die Europäische Volkspartei (Heimat von CDU und CSU), die Sozialdemokratische Partei Europas, die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (mit der FDP), die Europäische Grüne Partei, die Partei der Europäischen Linken oder die Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit (mit der AfD).

## LEHREN AUS FIPRONIL-SKANDAL IN DER EU

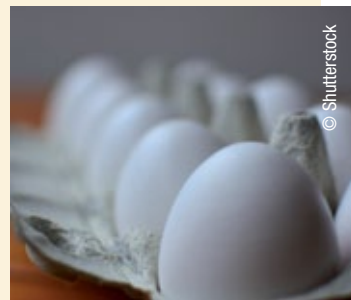
**Informationsaustausch soll verbessert werden**

Damit sich Skandale wie der um mit dem Insektizid Fipronil belastete Eier und Ei-Produkte möglichst nicht wiederholen, denken die EU-Staaten darüber nach, in jedem Mitgliedstaat einen „Beauftragten für Lebensmittelsicherheit“ zu benennen. Der soll sicherstellen, dass wichtige Informationen so schnell und effizient wie möglich ausgetauscht werden, hieß es nach einem Treffen hochrangiger Experten aus allen EU-Ländern. Die Staaten vereinbarten, dass in Krisenfällen die Kommunikation untereinander und mit der Öffentlichkeit verbessert werden soll. Im Fipronil-Fall waren die Niederlande und Belgien, wo der Skandal seinen Ursprung hatte, kritisiert worden, Informationen nicht rasch genug weitergegeben zu haben.

Betrug in der Lebensmittelherstellung „kann schließlich zur Zerstörung des Vertrauens in bestimmte Lebensmittel führen“ warnte

EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis. Für künftige Fälle soll die Kommission einen speziellen Managementplan ausarbeiten. Sie selbst soll bei Krisen frühzeitig koordinierend eingreifen. Für eine rasche Risikoanalyse könnte die EU-Agentur für Lebensmittelsicherheit EFSA einbezogen werden. Gestärkt werden sollen die nationalen Systeme zur Kontrolle von Rückständen, um etwa Belastungen durch Chemikalien rascher zu erkennen. Die Experten schlagen auch Schulungen und regelmäßige Notfallübungen vor.

■ *Maßnahmen für Lebensmittelsicherheit*



## BESTEUERUNG VON INTERNETFIRMEN

**Mehrere Möglichkeiten zur Auswahl gestellt**

Auf der Suche nach einer kurzfristigen einheitlichen Lösung zur Besteuerung von Internetunternehmen hat die EU-Kommission mehrere Optionen zur Diskussion gestellt. Dazu zählt eine Ausgleichssteuer auf den Umsatz, die beim jüngsten informellen Finanzministertreffen von zehn EU-Staaten, darunter Deutschland, unterstützt wurde. Als weitere Möglichkeiten werden eine EU-weite Gebühr auf Werbeanzeigen und eine Quellensteuer auf Internet-Transaktionen genannt. Derzeit zahlen die Unternehmen Steuern auf Gewinne, die sie aber durch geschickte Verrechnungsmodelle in Niedrigsteuerländer verschieben können.

„Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft enorme wirtschaftliche Chancen eröffnet“, sagte der für Finanzangelegenheiten zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis. „Gleichzeitig sollten sich unsere Steuersysteme so entwickeln, dass sie neue Geschäftsmodelle erfassen und dabei fair, effizient und zukunftstauglich sind. Mit dem geltenden Steuerrecht, das für die traditionelle Wirtschaft konzipiert wurde, können keine Tätigkeiten erfasst werden, die zunehmend auf immateriellen Vermögenswerten und Daten beruhen. Die Finanzminister wollen im Dezember über das weitere Vorgehen beraten.“

■ *Faire Besteuerung für digitale Wirtschaft*

## ABKOMMEN VORLÄUFIG IN KRAFT

**CETA bringt der EU spürbare Vorteile**

Seit dem 21. September ist das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) vorläufig in Kraft. Die EU-Kommission erwartet dadurch für die in der EU ansässigen Unternehmen jährliche Einsparungen von 590 Mio. Euro, die bis jetzt als Zölle auf EU-Exporte nach Kanada gezahlt werden mussten. Kanada schafft die Zölle auf 98 Prozent aller mit der EU gehandelten Waren ab. Außerdem sollen EU-Unternehmen laut Kommission „den besten Zugang zu öffentlichen Aufträgen in Kanada, der Unternehmen aus dem Ausland je gewährt wurde“, erhalten. Auch Landwirte werden von CETA profitieren, da es den Zugang zum kanadischen Markt für Käse, Wein und Spirituosen, Obst und Gemüse sowie verarbeitete Erzeugnisse verbessert.

„CETA hilft uns, die Globalisierung zu gestalten und Einfluss auf die globalen Handelsregeln zu nehmen“, sagte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström. „Es zeigt deutlich, dass wir uns für einen freien, fairen und wertebasierten Handel engagieren.“ CETA kann erst vollständig in Kraft treten, wenn es von allen Parlamenten der EU-Staaten ratifiziert worden ist. Solange es nur vorläufig angewendet wird, kann das in dem Abkommen vorgesehene neue Investitionsgerichtssystem nicht angewendet werden, das unter anderem in der deutschen Öffentlichkeit umstritten ist.

■ *CETA vorläufig in Kraft*

## LEBENSMITTEL VON ZWEIERLEI QUALITÄT

**Unlautere Praktiken in der EU sollen beendet werden**

Nachdem sich Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei darüber beschwerten, dass in ihren Ländern minderwertige Nutella oder Fleischkonserven verkauft würden, nimmt sich die EU-Kommission des Themas jetzt an. Die nationalen Behörden müssten in die Lage versetzt werden, gegen diese illegalen Praktiken vorgehen zu können, hatte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union verkündet. Zuvor hatte der slowakische Regierungschef Robert Fico persönlich bei Juncker in der Angelegenheit vorgesprochen.

Verbraucherschutzkommissarin Věra Jourová stellte nun Leitlinien vor, die es nationalen Behörden erleichtern sollen, unzulässige Doppelstandards bei der Lebensmittelherstellung aufzudecken. Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU soll einheitliche Testmethoden entwickeln und erhält dafür aus dem EU-Haushalt 1 Mio. Euro. Eine weitere Million wird den Mitgliedstaaten etwa für Studien und Faktensammlungen zur Verfügung gestellt. Jourová wies auf erste Erfolge hin: Bahlsen habe die Praxis aufgegeben, seine Butterkekse für den osteuropäischen Markt mit Palmöl zu fertigen und Hipp wolle den Gemüseanteil in Babynahrung für Osteuropa auf Westniveau bringen.

■ *Leitlinien zur Qualität von Lebensmitteln*



## Datenaustausch zwischen sicheren Geräten soll einfacher werden



Eine neue EU-Agentur soll den Schutz gegen Cyberkriminalität verbessern helfen.

> Damit die EU in die Lage versetzt wird, sich wirksam gegen Cyberangriffe zu wehren, schlägt die Kommission vor, die EU-Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) auszubauen und ihr das Mandat zu erteilen, als eine Art Sekretariat für die Kooperation der nationalen Behörden zu fungieren. Auch soll die künftige Agentur für Cybersicherheit die Aufgabe erhalten, an einem System zur Sicherheitszertifizierung von Produkten und Dienstleistungen mitzuwirken. Darunter stellt sich die Kommission, vergleichbar zur Etikettierung von Lebensmitteln, einheitliche Gütesiegel für die Geräte des „Internets der Dinge“ vor, die den Verbrauchern signalisieren sollen, dass diese vertrauenswürdig sind und kein Sicherheitsrisiko darstellen.

### Zertifikat für Cybersicherheit geplant

Die Zertifikate sollen in allen Mitgliedstaaten anerkannt und zunächst auf freiwilliger Basis erteilt werden, um den Unternehmen Bürokratie und Kosten zu ersparen. Gabriel schloss aber gesetzliche Vorgaben für die Zukunft nicht aus. Das Zertifikat „cybersicher“ werde es auch erleichtern, Vorschriften abzuschaffen, wonach bestimmte Daten nicht außerhalb der Landesgrenzen gespeichert und verarbeitet werden dürfen (Datenlokalisierung).

Weitere Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit im Internet umfassen unter anderem die Einrichtung eines Forschungszentrums zur Entwicklung und Nutzung von Mitteln zur Abwehr von Cyberattacken, Empfehlungen zur gemeinsamen Reaktion auf großangelegte Angriffe und eine Richtlinie zur Bekämpfung von

Betrug im Zusammenhang mit bargeldlosen Zahlungsmitteln einschließlich virtuellen Währungen wie Bitcoins. Für Anfang 2018 ist ein Vorschlag zum grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln geplant.

Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Datenwirtschaft in der EU will die Kommission den freien Fluss nicht-personenbezogener Daten zwischen den Mitgliedstaaten sicherstellen, wie es auch die EU-Staats- und Regierungschefs bereits gefordert haben. Hierzu schlug sie eine Verordnung vor, mit der die Mitgliedstaaten niemanden mehr verpflichten könnten, Daten innerhalb des Landes zu speichern oder zu verarbeiten – es sei denn, dies ist aus Gründen der öffentlichen Sicherheit gerechtfertigt.

### Grenzüberschreitende Geschäfte erleichtern

Der freie Datenfluss ermögliche den Unternehmen einfachere und billigere Geschäfte jenseits der Grenze, da sie nicht länger mit mehreren IT-Systemen arbeiten oder die Daten an unterschiedlichen Orten sichern müssten, erklärte die Kommission. Auch neue Angebote können so leichter entwickelt werden. Ansip nannte als Beispiel ein Unternehmen, das nicht nur eine Maschine entwickelt, sondern mit Hilfe von Sensoren und digitaler Technik auch erfasst, wie sie benutzt wird. So lasse sich etwa besser planen, wann Teile gewartet oder ausgetauscht werden müssen. „Wenn sie aber nur in einem Land sammeln, haben sie vielleicht nicht genug Daten für solche Datenanalysen“, sagte Ansip. Unternehmen in größeren Ländern hätten da Vorteile und würden wahrscheinlich schneller

Mit neuen Vorgaben zur Sicherheit im Internet und für den freien Fluss nicht-personenbezogener Daten will die EU-Kommission den Aufbau des digitalen Binnenmarkts vorantreiben. „Ich will, dass hohe Cybersicherheits-Standards zu einem neuen Wettbewerbsvorteil für unsere Unternehmen werden“, sagte die neue EU-Digitalkommissarin Mariya Gabriel. „Europas digitale Wirtschaft ist noch immer entlang nationaler Trennlinien abgeschottet“, erklärte der für das Thema zuständige Kommissionsvizepräsident Andrus Ansip: „Der freie Datenfluss wird kleinen, mittleren und Start-up-Unternehmen die Entwicklung neuer, innovativer Dienste und den Eintritt in neue Märkte erleichtern“, sagte er.

qualitativ hochwertige Dienstleistungen anbieten können, als die aus kleineren Märkten. In der Verordnung soll auch der Grundsatz der Verfügbarkeit von Daten für die gesetzliche Kontrolle festgeschrieben werden. Die Behörden sollen Zugang zu Daten erhalten, unabhängig davon, in welchem Land der EU sie gespeichert oder verarbeitet werden.

Die Vorschläge sollen den Weg für einen „echten“ EU-Binnenmarkt für die Speicherung und Verarbeitung von Daten ebnen. Davon verspricht sich die Kommission auch positive Effekte für einen europäischen Cloud-Sektor. Die Abschaffung von Beschränkungen für die Datenlokalisierung gilt als wichtigster Faktor, damit sich der Wert der Datenwirtschaft in der EU bis 2020 auf 4 Prozent des BIP verdoppeln kann. (ste/fra) >

### Europäische Datenwirtschaft

#### Cyber-Hygiene

Durch vorsichtiges Verhalten im Internet könnten laut EU-Kommissionsvizepräsident Ansip sehr viele Cyber-Angriffe abgewehrt werden. Nutzer sollten zum Beispiel Sicherheitseinstellungen immer sorgsam konfigurieren und zwar nicht nur beim eigenen Smartphone, sondern künftig auch im „Internet der Dinge“, bei internetgesteuerten Heizungssystemen oder Haushaltsgeräten. „Cyber-Hygiene“ laute das Stichwort. „Das muss im Cyber-Space genauso normal werden, wie das Händewaschen vor dem Essen“, sagte Ansip.

EU WILL STARKE STELLUNG IN DER WELT FESTIGEN

## Strategie für die Industrie von morgen vorgelegt

Die EU braucht ein neues Instrumentarium, um sich an die Welt der Digitalisierung und der Robotik anzupassen. Die europäischen Unternehmen müssten in puncto Innovation, Digitalisierung und Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit Nummer eins bleiben oder werden, hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union als Ziel ausgegeben. Zugleich hat die Kommission eine von der Wirtschaft gewünschte neue industriepolitische Strategie vorgelegt. Sie fasst bestehende Initiativen zusammen und gibt neue Impulse.



In fortschrittlichen, automatisierten Fertigungsverfahren stecken nach Überzeugung der EU-Kommission große Chancen für Europas Industrie.

> „Viele Industriezweige in Europa sind an einem Wendepunkt angelangt“, sagte Industrie- und Binnenmarktkommissarin Elżbieta Bieńkowska. Die Politik müsse die richtigen Rahmenbedingungen für weiteres nachhaltiges Wachstum stellen.

Als Forum zur Diskussion über die Zukunft der europäischen Industrie soll der im vergangenen Februar erstmals abgehaltene „Industrietag“ fortan in jedem Jahr im Vorfeld des EU-Frühjahrgipfels stattfinden, der traditionell einen Schwerpunkt auf die Wirtschaftspolitik setzt. Der Industrietag soll Vertreter nationaler, regionaler und lokaler Behörden sowie der Industrie, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft zusammenbringen. So solle gewährleistet werden, dass industriepolitische Initiativen auf allen Ebenen die gewünschte Wirkung zeigen und die europäische Industrie befähigt wird, Arbeitsplätze, Wachstum und Innovation zu schaffen, schreibt die Kommission in der Mitteilung. Parallel dazu soll ein hochrangiges Diskussionsforum zur Industriepolitik – ein „runder Tisch“ – eingerichtet werden.

„Der industrielle Wandel bietet enorme Möglichkeiten – um diese zu nutzen, sind jedoch erhebliche Investitionen in fortschrittliche Fertigungsverfahren, Kompetenzen und Talente der Menschen sowie in immaterielle Vermögenswerte wie Forschung und Innovation notwendig“, heißt es in der Kommissionsstrategie. Darin findet sich eine ganze Liste der nach ihrer Auffassung wichtigen Elemente, unter anderem die Stärkung der Cybersicherheit und des freien Datenflusses und neue Regeln zum Schutz des geistigen Ei-

gentums und zum Vergabewesen. Vorschläge zu einigen Elementen liegen bereits vor – wie etwa die Initiative für ausgewogene Handelspolitik und Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen – andere werden für den Herbst oder für Anfang 2018 angekündigt. Dazu gehören etwa:

- > Eine Strategie zur Kreislaufwirtschaft in der Kunststoffindustrie und zur besseren Produktion erneuerbarer biologischer Ressourcen.
- > Eine Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen, um private Kapitalflüsse stärker in nachhaltige Investitionen zu lenken.
- > Neue Vorschläge für saubere und vernetzte Mobilität, darunter strengere Abgasnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge, ein Aktionsplan für alternative Kraftstoffe und zur Förderung des automatisierten Fahrens.

### Hürden für Industrie 4.0

Die vernetzte Produktion scheitert in vielen Industrieunternehmen etwa schon daran, dass es keine einheitliche Internet-Schnittstelle gibt, an die verschiedenartige Maschinensteuerungen angebunden werden können. Darunter leidet auch der Werkzeugmaschinenbau. Dessen deutscher Branchenverband VDW hat nun eine Initiative zur Entwicklung eines technischen Standards für die Anbindung unterschiedlichster Maschinensteuerungen an eine gemeinsame Schnittstelle vorgestellt. Sobald die Daten in einem einheitlichen Format vorliegen, müsse noch die Schnittstelle „zum Rest der Welt“ definiert werden, hieß es.

Nach Ansicht des EU-Industriedachverbands BusinessEurope zeigt die Mitteilung, dass die Kommission anerkennt, wie wichtig die Entwicklung einer integrierten und modernen europäischen Industriestrategie ist. „Wir sehen einer Diskussion über weitere Schritte für ein strukturiertes Vorgehen entgegen“, erklärte der Verband.

Die industriepolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten, Martina Werner, hofft, dass der „Industrietag“ zu einem Forum wird, auf dem drängende Fragen diskutiert werden. Etwa die, auf welche Schlüsseltechnologien die EU setzen muss, um ihre Führungsrolle auch im nächsten Jahrzehnt zu sichern. Ohne ein kohärentes Vorgehen laufe die EU langfristig Gefahr, „weitere Jobs und Know-how an andere Regionen zu verlieren, die ihre Industrie ausgesprochen systematisch auf globales Wachstum ausrichten, wie etwa China“, sagte Werner.

Für die deutsche Maschinenbaubranche, entscheidender Stützpfeiler der deutschen Exportwirtschaft, ist die neue EU-Strategie ein gutes Signal. Unternehmen erwarteten von der EU einen politischen Rahmen, um Herausforderungen wie Digitalisierung und zunehmende globale Konkurrenz möglichst selbstbestimmt meistern zu können. „Dabei würden zum Beispiel ein Binnenmarkt für eine digitale Industrie oder neue Handelsabkommen mit Wachstumsregionen helfen“, sagte Holger Kunze, Leiter des Europabüros des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). (frh/ste) >

■ *Strategie für künftige Industriepolitik*



## Neue Vorschläge für wirksame und gerechte EU-Politik



Mindestens 50.000 Schutzbedürftige sollten die EU-Staaten laut EU-Kommission in den nächsten zwei Jahren direkt aus Flüchtlingslagern in Nahost und Afrika aufnehmen.

> Als Alternative zur Flucht über das Mittelmeer möchte sie bis Oktober 2019 mindestens 50.000 Menschen die Chance geben, aus Flüchtlingslagern im Nahen Osten und in Afrika legal in die EU zu kommen. Um langfristig legale Wege in die EU zu öffnen, drängte die Kommission Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament, über die 2016 vorgeschlagenen Reformen des EU-Asylrechts und der „Blauen Karte“ zur Aufnahme hochqualifizierter Migranten zu beschließen.

Statt der im „EU-Neuansiedlungsprogramm“ angepeilten 22.504 Menschen haben europäi-

### Grenzkontrollen im Schengenraum

Die derzeit in fünf Ländern, darunter Deutschland, mit Verweis auf die Flüchtlingskrise praktizierten Kontrollen an Binnengrenzen des Schengenraums, sind nach dem 11. November nicht mehr erlaubt. Durch eine Änderung des Schengener Grenzkodexes will die EU-Kommission aber neue Möglichkeiten für Ausnahmegenehmigungen für maximal drei Jahre eröffnen. Als Gründe kämen Terrorgefahr oder auch die „Weiterreise irregulärer Migranten“ in Betracht. Um zu garantieren, dass Grenzkontrollen Ausnahmen und „letztes Mittel“ bleiben, schlägt die Kommission höhere Hürden für die Genehmigung durch den Ministerrat vor. Nötig seien auch ausgiebige Konsultationen mit den betroffenen Nachbarstaaten.

sche Staaten bis zum 26. September laut Kommission über 23.000 Menschen aus Lagern in der Türkei und im Nahen Osten nach Europa geholt, die – etwa vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR – als eindeutig schutzbedürftig eingestuft wurden. 18 EU-Staaten sowie Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein haben sich daran beteiligt. Nicht mitgemacht haben Griechenland, Zypern, Malta, Polen, Ungarn, die Slowakei, Slowenien, Kroatien, Rumänien und Bulgarien.

### Alternativen zur Flucht übers Meer bieten

Für die Verlängerung des Programms haben laut Kommission elf Mitgliedstaaten seit Juli die Aufnahme von 14.000 Menschen zugesagt. Insgesamt sollen es mindestens 50.000 sein. Für jede Person soll es 10.000 Euro Unterstützung aus dem EU-Budget geben. Neben Flüchtlingen aus Lagern in der Türkei und im Nahen Osten sollen laut Kommission in den kommenden 24 Monaten auch Menschen aus Afrika, vor allem Libyen, Ägypten, Niger, Sudan, Tschad und Äthiopien aufgenommen werden. Das soll die Zahl der über das Mittelmeer Flüchtenden reduzieren und dem UNHCR helfen, Menschen aus Lagern in Libyen herauszubringen. „Die irreguläre Migration wird nur aufhören, wenn es eine wirkliche Alternative zu den gefährlichen Reisen gibt“, hatte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der EU gesagt.

Was die Umverteilung von Flüchtlingen angeht, die sich derzeit in Griechenland und Italien aufhalten, bekräftigte die Kommission,

Die 2015 eingeleitete EU-Migrationspolitik zeigt nach Ansicht der EU-Kommission Wirkung. Die Anreize für irreguläre Einreise seien verringert, Schlepper bekämpft und der Schutz der Außengrenzen verbessert worden, zog EU-Innen- und Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos Bilanz. Die Zahl der über das Mittelmeer Flüchtenden sei sehr deutlich zurückgegangen. „Jetzt ist entscheidend, auf diesen Ergebnissen aufzubauen und an den derzeitigen Anstrengungen festzuhalten“, sagte Avramopoulos. Er präsentierte Vorschläge der Kommission für das weitere Vorgehen.

dass die Aufnahmepflicht noch für alle Menschen gelte, die bis 26. September angekommen waren und die Bedingungen erfüllen. Sie müssen etwa aus Ländern kommen, aus denen mindestens drei Viertel der Schutzsuchenden in der Regel als asylberechtigt anerkannt werden. Die Kommission rechnet damit, dass zu den bereits umverteilten über 29.000 Menschen noch rund 8.000 hinzukommen. Von den ursprünglich vereinbarten 160.000 ist wegen der gesunkenen Flüchtlingszahlen keine Rede mehr. EU-Staaten, die Griechenland und Italien über das auslaufende Programm hinaus freiwillig Asylsuchende abnehmen, sagte die Kommission finanzielle Unterstützung zu.

### Rücksendungen besser koordinieren

Von den ausreisepflichtigen irregulären Migranten sind laut Kommission zuletzt nur 36 Prozent in ihre Heimat zurückgekehrt. „Wir müssen brutal ehrlich sein: Menschen, die kein Bleiberecht haben, müssen zurückgeschickt werden“, sagte Avramopoulos. Das betreffe in absehbarer Zukunft schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen. Die Kommission legte ein überarbeitetes „Handbuch für Rückführungen“ vor, das den Mitgliedstaaten helfen soll, Abschiebungen unter Beachtung aller Regeln zu organisieren. Auch die EU-Agentur für Grenz- und Küstenschutz soll die Rückführungen noch mehr unterstützen und koordinieren. Dafür solle die zuständige Abteilung „deutlich verstärkt“ werden, schlug die Kommission vor. (frh) >

■ *Nächste Schritte in der Asylpolitik*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 03.10.2017 16.00–19.00 Uhr	„Verleihung des Europäischen Sozialpreises an Deniz Yüzel. Für ein Europa der Werte – Pressefreiheit ein hohes Gut der Demokratie“ Fest- und Vortragsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europaverein GPB e.V.	Rathaus zu Eschweiler Johannes Rau Platz 1 <b>52249 Eschweiler</b>	<a href="http://gpb-europaverein.de/aktuelles.htm">http://gpb-europaverein.de/aktuelles.htm</a>
> 05.10.2017 19.00 Uhr	„Zypern, der Zankapfel der internationalen Politik“ Bürgerforum Europa <b>Veranstalter:</b> Europe Direct Informationszentrum Dortmund	Auslandsgesellschaft NRW e.V. Steinstraße 48 <b>44147 Dortmund</b>	<a href="http://www.europe-direct-dortmund.de/unsere-veranstaltungen/veranstaltungsankundigungen/">www.europe-direct-dortmund.de/unsere-veranstaltungen/veranstaltungsankundigungen/</a>
> 05.10.2017 19.00 Uhr	„Mein EUropa“ Veranstaltungsreihe Europabilder <b>Veranstalter:</b> Konrad-Adenauer-Stiftung	Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung Tiergartenstraße 35 <b>10785 Berlin</b>	<a href="http://www.kas.de/berlin/de/events/74555/">www.kas.de/berlin/de/events/74555/</a>
> 06.10.2017 18.00–19.30 Uhr	„Nach der Bundestagswahl: Wie sieht Deutschlands Zukunft in Europa aus?“ Vortrag und Diskussion <b>Veranstalter:</b> Europe Direct-Informationszentrum Köln	Europäisches Dokumentationszentrum Universitätsstraße 33 <b>50931 Köln</b>	<a href="http://www.ize-koeln.de/de/component/jem/event/287-nach-der-bundestagswahl-wie-sieht-deutschlands-zukunft-in-europa-aus.html">www.ize-koeln.de/de/component/jem/event/287-nach-der-bundestagswahl-wie-sieht-deutschlands-zukunft-in-europa-aus.html</a>
> 10.10.2017 14.30–19.00 Uhr	„Soziales Europa - Anspruch und Wirklichkeit“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> EDIC Potsdam, BBAG e.V., Europaunion Land Brandenburg e.V.	Landtag Brandenburg Alter Markt 1 <b>14467 Potsdam</b>	<a href="http://europe-direct-potsdam.eu/">http://europe-direct-potsdam.eu/</a>
> 11.10.2017 18.00 Uhr	„Neue Impulse aus Nordosteuropa? Estland und seine EU-Ratspräsidentschaft“ Vortrags- und Diskussionsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europe Direct Stuttgart	Europe Direct Informationszentrum Stuttgart im Europahaus Stuttgart Kronprinzstraße 13 <b>70173 Stuttgart</b>	<a href="http://www.europe-direct-stuttgart.de/">www.europe-direct-stuttgart.de/</a>
> 12.10.2017 19.00–20.30 Uhr	„Flucht auf dem Wasser - wer flüchtet und wer daran verdient“ Diskussion <b>Veranstalter:</b> Europe Direct-Informationszentrum Köln	FORUM Volkshochschule Cäcilienstraße 29-33 <b>50667 Köln</b>	<a href="http://www.ize-koeln.de/de/component/jem/event/297-flucht-auf-dem-wasser-wer-fluechtet-und-wer-daran-verdient.html">www.ize-koeln.de/de/component/jem/event/297-flucht-auf-dem-wasser-wer-fluechtet-und-wer-daran-verdient.html</a>
> 13.10.2017 10.00–15.00 Uhr	„Bio in Europa: Eine neue Verordnung für alle oder 'business as usual'?“ Diskussionsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europagruppe Grüne	Europäisches Haus Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://www.martin-haesling.eu/termine/">www.martin-haesling.eu/termine/</a>
> 14.10.2017 10.00–16.00 Uhr	„Auf in die Welt“ Messe <b>Veranstalter:</b> Deutsche Stiftung Völkerverständigung	Katharinen-Gymnasium Ingolstadt Jesuitenstraße 10 <b>85049 Ingolstadt</b>	<a href="http://www.aufindiewelt.de/messen/14102017-ingolstadt">www.aufindiewelt.de/messen/14102017-ingolstadt</a>
> 14.10.2017 10.00–16.00 Uhr	„JuBi - Die JugendBildungsmesse in Berlin“ Messe <b>Veranstalter:</b> weltweiser - Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Max-Taut-Aula Fischerstraße / Schlichtallee <b>10317 Berlin</b>	<a href="http://www.weltweiser.de/jugendbildungsmessen/berlin-schueleraustausch-auslandsjahr.htm">www.weltweiser.de/jugendbildungsmessen/berlin-schueleraustausch-auslandsjahr.htm</a>
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: <a href="https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de">https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de</a>			

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2017

**Herausgeber:**  
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: [www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24  
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: [cp.contact@mbi-infosource.de](mailto:cp.contact@mbi-infosource.de)**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

## 60 JAHRE RÖMISCHE VERTRÄGE

**Wanderausstellung in Köln zu sehen**

Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge durch sechs Staaten – darunter auch Deutschland – wurde am 25. März 1957 der Grundstein für die EU in der heutigen Form gelegt. 60 Jahre später wird dieser wichtige Schritt zum gemeinsamen Markt, in dem Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital frei zirkulieren können und der Voraussetzung für Wohlstand und Stabilität ist, in den Mitgliedstaaten ausgiebig gewürdigt. An das Vermächtnis

der Römischen Verträge für die EU von heute erinnert auch eine Wanderausstellung, die vom Historischen Archiv der EU und dem Europäischen Hochschulinstitut erarbeitet wurde.

Vom 10. bis 26. Oktober ist diese Ausstellung im Europe Direct Informationszentrum Köln, Cäcilienstraße 35, zu sehen. Gezeigt werden Abbildungen historischer Dokumente und die wichtigsten Etappen zur heutigen EU. Durch informative Schautafeln soll in kurzer Zeit ein Überblick über die Entwicklung der vergangenen 60 Jahre ermöglicht werden.

■ [Wanderausstellung Römische Verträge](#)

## EUROPÄISCHES KULTURERBEJAHR 2018

**Grenzüberschreitende Projekte können eingereicht werden**

Kulturschaffende aus der ganzen EU, die sich zusammen mit Partnern aus anderen Mitgliedstaaten beim Europäischen Kulturerbejahr 2018 beteiligen wollen, können jetzt Anträge auf Förderung stellen. Ungefähr fünf Mio. Euro aus dem Programm „Kreatives Europa“ werden dafür zur Verfügung stehen, teilte die EU-Kommission mit. Unter anderem sind Betreiber von Konzerthallen und Opernhäusern oder Theatergruppen eingeladen, bis zum 22. November ihre Ideen vorzustellen.



Creative  
Europe

„Unser reiches kulturelles Erbe ist ein großer Schatz“, sagte der für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständige EU-Kommissar Tibor Navracsics. „Es geht dabei um viel mehr als um die Vergangenheit – dieses Erbe spielt eine Schlüsselrolle dabei, unsere Zukunft zu gestalten“, so Navracsics. Projekte sollen zwischen Januar und September 2018 beginnen und können bis zu zwei Jahre dauern. Weitere Informationen dazu gibt es beim „Creative Europe Desk Kultur“ in Bonn (siehe folgende Webseite).

■ [Creative Europe Desk Kultur](#)

## AUSTAUSCH UND VERNETZUNG

**Seminar zur Zusammenarbeit von Kommunen in Europa**

Ein wichtiger Baustein der europäischen Integration ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von kommunalen Einrichtungen, die Begegnung und Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen. Wie die Partnerschaftsarbeit zwischen Städten und Gemeinden, Jugend- und Bildungseinrichtungen weiterentwickelt und nachhaltig gestaltet werden kann, ist Thema eines Seminars am 8. November in Wiesbaden. Die Tagung „Kommunen sagen Ja zu Europa – Neue Impulse für Austausch, Begegnung, Vernetzung“ wird von den nationalen Agenturen und Kontaktstellen „Jugend in Europa“, „Bildung in Europa“, „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ und der Stadt Wiesbaden organisiert.

Vorgestellt werden wichtige EU-Programme wie Erasmus+ und gelungene Projektbeispiele aus den Bereichen Jugendförderung, Bildung und Begegnungsarbeit. Zielgruppe sind etwa Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen aus den Bereichen Internationales, Städtepartnerschaften, Jugendarbeit oder Bildung.

■ [Jugend für Europa](#)

## SPIELERISCH DIE ZUKUNFT DER EU GESTALTEN

**Neues Brettspiel will EU-Gesetzgebung erklären**

Die Verfahren, durch die EU-Richtlinien und Gesetze entstehen, sind vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Buch mit sieben Siegeln. Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg will das auf spielerische Weise ändern mit dem neuen Brettspiel „Legislativity“. Ziel ist es, zu verdeutlichen, wie die EU-Staaten zusammenarbeiten und einen Ausgleich zwischen rein nationalen Interessen finden müssen, damit EU-Gesetze gut für alle sind. Bei „Legislativity“ wetteifern unterschiedliche Vorstellungen und Interessen darum, EU-Gesetz zu werden und die notwendigen Mehrheiten in EU-Kommission, Ministerrat und Europäischem Parlament zu erhalten.

Das Würfel- und Strategiespiel ist für 2 bis 8 Spieler ab 14 Jahren gedacht. Es kann in verschiedenen Schwierigkeitsstufen gespielt werden. Entwickelt wurde es vom Europa Zentrum Baden-Württemberg in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung mit finanzieller Unterstützung durch den Sparkassenverband Baden-Württemberg. „Legislativity“ kostet 19,90 Euro und kann unter folgender Adresse bestellt werden.

■ [SP Legislativity](#)